



## INFORMATION

zur Pressekonferenz

mit

Landeshauptmann  
**Mag. Thomas Stelzer**

Landeshauptmann-Stellvertreter  
**Dr. Michael Strugl**

Präsidentin der OÖ Wirtschaftskammer  
**Mag.<sup>a</sup> Doris Hummer**

Präsident der Industriellenvereinigung OÖ  
**Dr. Axel Greiner**

18. September 2017

zum Thema

**„Die zentralen standortpolitischen Forderungen  
an die nächste Bundesregierung“**

### Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:  
Amt der Oö. Landesregierung  
Direktion Präsidium  
Abteilung Presse  
Landhausplatz 1 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-114 12  
Fax: (+43 732) 77 20-21 15 88  
landeskorrespondenz@ooe.gv.at  
www.land-oberoesterreich.gv.at

DVR: 0069264

## **1. Stärkung des Hochschulstandortes.**

### **Für Oberösterreich**

Wir setzen uns für den Ausbau der Johannes Kepler Universität in Linz ein. Es muss sichergestellt sein, dass es bei der Studienplatzfinanzierung zu keiner Benachteiligung des Hochschulstandortes Oberösterreich durch die neue Universitätsfinanzierung des Bundes kommt.

Wir wollen, dass oberösterreichische Leuchtturmprojekte wie das Linz Institute of Technology (LIT) die bestmögliche Unterstützung des Bundes erhalten. Der Ausbau der Forschungslandschaft hat für die oberösterreichische Wirtschaft hohe Priorität und verdient die beste Rückendeckung der Bundesregierung.

Es ist erforderlich, das Fachhochschulangebot in Oberösterreich weiter auszubauen. Oberösterreich ist das Land der besten Fachhochschule Österreichs. Das muss sich noch deutlicher bei der Vergabe von Fachhochschulplätzen durch das Bundesministerium niederschlagen.

Wir arbeiten daran, dass die oberösterreichische Forschungs- und Entwicklungsquote bis 2020 auf vier Prozent gesteigert wird. Die Ausgaben hierfür werden zum weitaus überwiegenden Teil von den Unternehmen in Oberösterreich getragen. Es ist erforderlich für den Standort, für Unternehmer und Arbeitnehmer, dass sich auch der Bund an diesem Ziel stärker beteiligt.

Ziel ist es, die Förderung von Kooperation zwischen Wissenschaft und Unternehmen zu stärken.

## **2. Flächendeckender Breitbandausbau.**

### **Für Oberösterreich**

Wir treten dafür ein, dass der Breitband-„Förderatlas“ des Infrastrukturministeriums überarbeitet wird. Digitale Infrastruktur ist für den gesamten Wirtschaftsstandort unerlässlich. Der Zugang zu schnellem Breitband-Internet muss überall in Oberösterreich gewährleistet sein.

Die „Breitbandmilliarde“ soll auf neue Füße gestellt werden. Die Abwicklung soll erleichtert werden. Es braucht auch mehr Flexibilität innerhalb der „Ländertöpfe“ bei der Ausschöpfung der Förderprogramme.

## **3. Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel.**

### **Für Oberösterreich**

Wir brauchen gezielte Initiativen insbesondere für Frauen und ältere Arbeitnehmer. Deshalb müssen gerade bei diesen Potenzialgruppen die Anstrengungen in den Bereichen Aus- und Weiterbildung sowie Qualifizierung verstärkt werden.

Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, gilt es, einen besonderen Fokus auf den Bereich der naturwissenschaftlich-technischen Ausbildung (MINT-Fächer) zu legen. Es soll daher einen Ausbau bzw. eine entsprechende Weiterentwicklung in den Bereichen Lehre, Technische Neue Mittelschulen (TNMS), Höhere Technische Lehranstalten, Fachhochschulen und der Johannes-Kepler-Universität in Oberösterreich geben.

Die Ausbildungspflicht soll konsequent umgesetzt werden. Ziel muss es sein, die Zahl der Jugendlichen ohne weiterführende Ausbildung nach den Pflichtschuljahren weiter zu reduzieren.

Wir treten für die Forcierung der „Lehre mit Matura“ und der „Matura plus Lehre“ ein. Die Durchlässigkeit unseres Bildungssystems soll weiter erhöht werden.

Das Wirtschafts- und Technikverständnis in den Schulen soll stärker gefördert werden. Wir müssen die Begeisterung für Technik-Ausbildungen und –Berufe noch mehr wecken, denn die Verfügbarkeit von Fachkräften ist ein entscheidender Faktor im Innovations- und Standortwettbewerb.

## **4. Konsequente Entbürokratisierung.**

### **Für Oberösterreich**

Ziel ist eine Verfahrenskonzentration und eine konsequente Deregulierung insbesondere im Gewerbe und Anlagenrecht, damit Unternehmen effizient agieren können und nicht durch überbordende Verwaltung gehemmt werden.

Gründungen und Betriebsansiedelungen müssen erleichtert und der Zugang zu Förderungen und Investitionsprämien vereinfacht werden.

Um Unternehmer zu entlasten soll die Lohnverrechnung vereinfacht (Pauschalierung) werden.

Im Bereich des Denkmalschutzes muss es in Zukunft mehr Gestaltungsmöglichkeiten geben, damit Betriebe vorhandene Bausubstanz besser nutzen können.

## **5. Standortbezogene Energie- und Klimapolitik.**

### **Für Oberösterreich**

Wir bekennen uns zu unserer energieintensiven Industrie in OÖ. Damit Arbeitsplätze geschaffen und gesichert werden können brauchen wir einen starken industriellen Sektor mit erfolgreichen Betrieben.

Zwischen Umwelt und Wirtschaft ist im Sinne einer nachhaltigen Standortpolitik eine vernünftige Balance notwendig. Überregulierungen dürfen den Standort nicht bremsen. Es kann nicht das Ziel sein, dass aufgrund

übertriebener Auflagen Betriebe abwandern und dann an anderen Orten dieser Welt um ein Vielfaches umweltschädlicher produziert wird.

Oberösterreich setzt auf seine Stärken im Bereich der Energie- und Umwelttechnologie. Der Bund soll hier insbesondere unsere Internationalisierungsbemühungen noch stärker unterstützen.

### **Landeshauptmann Mag. Thomas Stelzer**

---

*„Wir wollen Oberösterreich an die Spitze der europäischen Top-Regionen bringen. Dafür brauchen wir einen starken Standort mit starken Unternehmen, die Arbeitsplätze schaffen. Eine leistungsfähige digitale Infrastruktur und die besten Ausbildungsmöglichkeiten, insbesondere auch im technischen Bereich, sind dafür notwendig. Wir müssen die Deregulierung vorantreiben und die Forschung nachhaltig ausbauen. In Oberösterreich machen wir ordentlich Tempo, aber wir brauchen auch die Unterstützung des Bundes, um den Wirtschafts- und Industriestandort Oberösterreich in die Top-Liga zu bringen.“*

### **Wirtschaftsreferent LH-Stv. Dr. Michael Strugl:**

---

*„Eine erfolgreiche und vorausschauende Standortpolitik ist der Grundstein für den künftigen wirtschaftlichen Erfolg Oberösterreichs. Wir haben in Oberösterreich bereits zahlreiche Weichenstellungen vorgenommen, um im Vergleich der Regionen zu den Innovations-Leadern aufzuschließen. Viele Vorhaben können wir jedoch nur gemeinsam mit der neuen Bundesregierung umsetzen bzw. ist auch der Bund gefordert, seine Hausaufgaben zu machen. Als starkes Wirtschafts- und Exportbundesland erwarten wir uns deshalb entsprechendes Gehör für unsere Forderungen und klare Antworten auf aktuelle und künftige Herausforderungen. Denn die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes entscheidet über unsere Zukunft.“*

**Wirtschaftskammerpräsidentin Mag.<sup>a</sup> Doris Hummer:**

---

*„Wir müssen Oberösterreich mit einer neuen Standortpartnerschaft effizient weiterentwickeln, um die Lebensqualität und Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig abzusichern. Vorrangig sind die Bekämpfung des Fachkräftemangels und die Internationalisierung. Im globalen Wettbewerb können unsere innovativen Unternehmen nur mit qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bestehen. Mein Ziel ist bis 2022 zusätzlich 30.000 Fachkräfte und 5.000 Lehrlinge am Wirtschaftsstandort OÖ zu beschäftigen. Im Export sollen mit Exportkooperationen unsere Klein- und Mittelbetriebe gefördert und die Anzahl der Exporteure um 2.500 erhöht werden. Mit dem WKOÖ-Standortfonds unterstützen wir aktiv unsere Betriebe.“*

**Präsident der Industriellenvereinigung Dr. Axel Greiner**

---

Aufholprozess des Hochschul- und Forschungsstandortes OÖ fördern!

*„Nach zehn Jahren standortpolitischen Leerlaufs braucht Österreich einen starken Veränderungsimpuls. Im Bereich der Forschungs- und Hochschulpolitik muss sich dieser Impuls stark auf Oberösterreich auswirken, weil hier der Bedarf der Industrie besonders groß ist. Von den geplanten zusätzlichen Forschungs- und Hochschulmitteln muss ein beträchtlicher und jedenfalls mehr als aliquoter Teil nach Oberösterreich fließen, damit Leuchtturmprojekte wie zum Beispiel das LIT gestärkt werden können. Bei der Energie- und Klimapolitik benötigen wir auch seitens des Bundes ein klares Commitment zu unserer energieintensiven Industrie, die in Oberösterreich besonders stark ist. Die bisher ideologisch dominierte Energie- und Umweltpolitik und das damit verbundene Golden Plating muss beendet werden, damit Produktion und Arbeitsplätze hier geschaffen und erhalten werden, anstatt in Ländern, wo wesentlich niedrigere Standards gelten. Beispielsweise befindet sich die weltweit sauberste Stahl-, Papier- und Zementproduktion in Oberösterreich.“*

## **4 österreichweite Forderungen:**

### **Arbeitszeit-Souveränität soll weiterentwickelt werden**

Die Arbeitszeit muss in Abstimmung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern flexibler gestaltet werden können. Für Überstunden muss es in Zukunft eine steuerliche Entlastung geben.

### **Klare Regeln gegen Sozialmissbrauch bei AMS- und Mindestsicherungsbezug**

In einem ersten Schritt müssen die Zumutbarkeitsbestimmungen evaluiert und leistungsorientiert angepasst werden.

### **Senkung der Steuer- und Abgabenquote**

Damit sich Leistung wieder lohnt und die Wirtschaft an Kraft gewinnt muss die Steuer- und Abgabenquote spürbar gesenkt werden

### **Standortpartnerschaft für Österreich**

Die derzeitige Sozialpartnerschaft soll an die Herausforderungen unserer Zeit angepasst und zu einer zukunftsorientierten Standortpartnerschaft für Österreich weiterentwickelt werden.